

N I E D E R S C H R I F T

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **10.07.2008** im Ratssaal des Schlosses,
Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

16.WP/Rat/015

Beginn öffentlicher Teil: 19:03 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: -- Uhr

Ende öffentlicher Teil: 20:45 Uhr
Ende vertraulicher Teil: -- Uhr

Anwesend: **Bürgermeister**

Baxmann, Alfred -ohne TOP 6-

Ratsvorsitzender

Walter, Klaus-Dieter

1. stellv. Bürgermeisterin

Weilert-Penk, Christa

2. stellv. Bürgermeister

Unverzagt, Hartmut

Ratsherren/-frauen

Alker, Rudolf

Braun, Hartmut

Brönnemann, Alfred

Degenhard, Walter

Ethner, Regina

Fleischmann, Michael

Gersemann, Christiane

Gilke, Anette

Heldt, Gabriele

Hinz, Gerald

- ohne TOP 7 und 8 -

Hunze, Carl

Leykum, Maria

Lüddecke, Dieter

Meinig, Birgit

Morich, Hans-Dieter

Obst, Wolfgang

- ohne TOP 6 -

Pilgrim, Adolf-W.

- ohne TOP 6 -

Plaß, Barthold

Rickert, Heidrun

Rohde, Paul

Rück, Stefanie

Schrader, Karl-Ludwig

Schulz, Kurt-Ulrich

Wackerbeck, Ursula

Weber, Ulrike

Zielonka, Holger Dr.

Entschuldigt:

Gärtner, Bodo
Leppert, Florian
Wunn, Ina Prof. Dr.

Verwaltung

Bauoberamtsrat	Herbst, Rainer
Controller	Kauter, Theo
Gleichstellungsbeauftragte	Pape, Petra
Stadtrat	Philipps, Lutz
Stadtoberamtsrat	Rode, Hans
Dipl.-Oec.	Scholz, André
Erster Stadtrat	Strecker, Dagobert
Baurat z.A.	Trappmann, Hendrik
Stadtinspektorin z.A.	Vitt, Silke

TAGESORDNUNGÖffentlicher Teil**Einwohnerfragestunde**

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 12. Juni 2008
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Anfragen gemäß Geschäftsordnung (siehe Anlage)
5. Jugendhilfeausschuss;
Ersatz eines beratenden Mitgliedes im Jugendhilfeausschuss der Stadt Burgdorf
- Bezugsvorlage: 0022/06/16. WP/2 -
Vorlage: 2008 0365
6. Entlastungserteilung für den Verwaltungsrat der Stadtparkasse Burgdorf; Geschäftsjahr 2007
Vorlage: 2008 0370
7. Fassadensanierung Haus der Jugend Burgdorf - Außerplanmäßige Ausgabe
Vorlage: 2008 0375
8. Abrechnung von straßenbaulichen Maßnahmen - Aufwandsspaltung (Teileinrichtung) / Abschnittsbildung
Vorlage: 2008 0360
9. Radwegweisungskonzept für die Stadt Burgdorf - Ergänzungsvorlage
Bezugsvorlage: 01248/00/2006
Vorlage: 2008 0362
10. Gaspreise
- Antrag von Herrn Michael Fleischmann "Das Linksbündnis" vom 26. Juni 2008 -
Vorlage: 2008 0372

11. Ansiedlung eines Fastfood-Restaurants "An der Mösch"
- Antrag von Herrn Michael Fleischmann "Das Linksbündnis" vom 10.06.2008-
Vorlage: 2008 0376

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

Vor Beginn der Tagesordnung im „Öffentlichen Teil“.

Fragen wurden nicht gestellt.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Walter eröffnete die Sitzung, begrüßte alle Anwesenden, insbesondere die Ehrenratsmitglieder Herrn Karl-Heinz Meyer, Herrn Walter Wundram und Herrn Leo Beigel sowie den Vertreter der Presse. Anschließend stellte er die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Herr Walter wies darauf hin, dass die Tagesordnung für die Sitzung um den TOP 11: Ansiedlung eines Fast-Food-Restaurants „An der Mösch“ - Antrag von Herrn Michael Fleischmann (Das Linksbündnis) vom 10.06.08 ; Vorlage 2008 0376 – mit Verkürzung der Ladungsfrist ergänzt worden sei.

Beschluss:

Die geänderte Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 12. Juni 2008

Herr Walter wies auf eine vorzunehmende Änderung im Protokoll über die Sitzung des Rates vom 12.06.2008 zum Tagesordnungspunkt 19: Bebauungsplan Nr. 5 – 12 mit örtlichen Bauvorschriften „Nördlich Worthstraße (Otze) – Satzungsbeschluss – Bezugsvorlage 2008 0294; Vorlage 2008 0343 hin. Herr Trappmann erläuterte sodann die gewünschte Änderung. Es werde lediglich der Sachverhalt mit der geänderten Begründung vom zweiten in den ersten Spiegelstrich verschoben und außerdem entfalle der Ausdruck „textliche Festsetzungen“.

Der letzte Absatz des Satzungsbeschlusses zu b) laute nunmehr wie folgt:

„Der Rat beschließt dem Bebauungsplan beizufügen

- die Begründung in der Fassung vom 30.04.2008, wobei unter Ziff. 6.1 auf Seite 21 der letzte Satz mit der Formulierung „Diese Beschränkung gilt auch für das WA 3, hier allerdings aufgrund von nachbarlichen Belangen (s.a. Begründung zu Gebäudehöhen) ersatzlos gestrichen wird, und
- die zusammenfassende Erklärung, die in der Begründung wiedergegeben ist.

Beschluss:

Einstimmig wurde die geänderte Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 12.06.2008 genehmigt.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Walter erwähnte, dass der Ratsherr Walter Degenhard am 01.06.08, Ratsfrau Ursula Wackerbeck am 15.06.08, Ratsherr Carl Hunze am 19.06.08, Ratsfrau Heidrun Rickert am 28.06.08, Ratsherr Dr. Holger Zielonka am 30.06.08, Frau Maria Leykum am 06.07.08 Geburtstag hatten und beglückwünschte diese nachträglich. Ferner beglückwünschte er Herrn Michael Fleischmann zu seinem Geburtstag am 10.07.2008.

4. Anfragen gemäß Geschäftsordnung (siehe Anlage)

Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Herr Rohde verlas seine Anfrage vom 16.06.2008 im Rat der Stadt Burgdorf zum Themenbereich „Wirtschaftsförderung“. Die Beantwortung der Fragen erfolgte im Rahmen der Ratssitzung mündlich durch Herrn Scholz, Abteilung 80 – Wirtschaftsförderung/Liegenschaften.

Die Fragen und Antworten sind dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt.

Im Anschluss verlas Herr Alker eine Anfrage der SPD-Fraktion vom 02.07.2008. Die Anfrage wurde durch Herrn Strecker im Rahmen der Ratssitzung mündlich beantwortet.

Frage 1: Wie viel Schüler/Schülerinnen besuchten im Schuljahr 2007/2008 die 4. Klassen der Burgdorfer Grundschulen?

Herr Strecker erklärte, dass im Schuljahr 2007/2008 die vierten Klassen der Burgdorfer Grundschulen durch insgesamt 275 Schüler/Schülerinnen besucht worden seien.

Frage 2: Wie viel Schülerinnen/Schüler wurden zum kommenden Schuljahr im 5. Jahrgang

- a) an der Hauptschule
- b) an der Realschule
- c) am Gymnasium angemeldet?

Herr Strecker teilte mit, 18 Schülerinnen/Schüler seien für das nächste Schuljahr an der Hauptschule angemeldet worden, 83 Schülerinnen/Schüler an der Realschule und 157 für das Gymnasium.

Frage 3: In wie weit ist bereits bekannt, wohin die restlichen Schülerinnen/Schüler gegangen sind?

Herr Strecker wies darauf hin, dass insgesamt zwei Schülerinnen/Schüler die vierte Klassen wiederholen, ein/e Schüler/in die Förderschule besuchen werde sowie 14 Schülerinnen/Schüler zur Integrierten Gesamtschule (IGS) angemeldet worden seien.

**5. Jugendhilfeausschuss;
Ersatz eines beratenden Mitgliedes im Jugendhilfeausschuss der Stadt Burgdorf
- Bezugsvorlage: 0022/06/16. WP/2 -
Vorlage: 2008 0365**

Herr Baxmann bedankte sich für die langjährige Mitarbeit des ausgeschiedenen, beratenden Mitgliedes im Jugendhilfeausschuss, Herrn Leo Beigel. Durch seine Tätigkeit habe Herr Beigel einen nicht unerheblichen Beitrag für das Gemeinwohl der Stadt Burgdorf geleistet. Er wolle Herrn Beigel daher im Namen des Rates als auch der Verwaltung der Stadt einen herzlichen Dank aussprechen.

Beschluss:

Der Rat fasste einstimmig folgenden Beschluss:

„Als Ersatz für den als beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss der Stadt Burgdorf ausgeschiedenen Herrn Leo Beigel, wird auf Vorschlag des Kirchenvorstandes der St. Nikolaus-Gemeinde Burgdorf vom 05.06.08

Frau Annette Heinze

als beratendes Mitglied gemäß § 5 Abs. 1 Ziff. d) der Satzung für das Jugendamt in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

**6. Entlastungserteilung für den Verwaltungsrat der Stadtparkasse Burgdorf; Geschäftsjahr 2007
Vorlage: 2008 0370**

Vor Beratung/Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt verließen der Bürgermeister Herr Baxmann sowie die Ratsherren Herr Obst und Herr Pilgrim den Saal und nahmen weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung teil.

Herr Morich erwähnte, der durch die Stadtsparkasse Burgdorf vorgelegte Jahresbericht für das Jahr 2007 sei vorbildlich.

Des Weiteren hob er die geleistete Arbeit der Stadtsparkasse Burgdorf im sozialen Bereich als auch im Bereich der Sportförderung hervor. Die Stadtsparkasse sei in den letzten Jahren unter anderem immer bemüht gewesen, jungen Menschen einen Ausbildungsplatz anzubieten. Weiterhin lobte er die positive Entwicklung der Sparkasse, was nicht zuletzt auch auf die gute Arbeit des Vorstandes zurückzuführen sei.

Herr Alker schloss sich den Worten des Herrn Morich an und verwies ebenfalls auf die geleistete Arbeit der Stadtsparkasse im Bereich von Fördermaßnahmen im kulturellen- als auch im Bereich des sozialen Engagements. Er wies darauf hin, dass ein solches Engagement auch von den Sparkassen benachbarter Kommunen intensiv betrieben werde. Hierzu verlas er auszugsweise Passagen aus einer Drucksache der Region Hannover betreffend die Sparkasse Hannover. Aus dieser gehe hervor, dass die Ausschüttungen der Sparkasse Hannover ca. viereinhalb mal so hoch seien, wie die der Stadtsparkasse Burgdorf.

Der Rat fasste mit 27 Ja-Stimmen folgenden Beschluss:

„Gem. § 23 Abs. 3 NSpG wird dem Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Burgdorf aufgrund des Prüfungsergebnisses zu dem Jahresabschluss 2007 durch den Nds. Sparkassen- und Giroverband und aufgrund der Empfehlung der Sparkassenaufsichtsbehörde Entlastung erteilt. „

7. Fassadensanierung Haus der Jugend Burgdorf - Außerplanmäßige Ausgabe
Vorlage: 2008 0375

Herr Strecker erläuterte die Vorlage.

Beschluss:

Herr Hinz nahm an der Diskussion sowie der Abstimmung zu diesem TOP nicht teil.

Mit 29 Ja-Stimmen beschloss der Rat gem. § 40 Abs. 1 Ziff.8 und § 89 Abs. 1 NGO der Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 11.900,00 € für die Sanierung der Fassade des Hauses der Jugend in Burgdorf (Haushaltsstelle 4600.941000) zuzustimmen.

8. Abrechnung von straßenbaulichen Maßnahmen - Aufwandsspaltung (Teileinrichtung) / Abschnittsbildung
Vorlage: 2008 0360

Herr Herbst erläuterte die Vorlage.

Beschluss:

Herr Hinz nahm an der Diskussion und der Beschlussfassung nicht teil.

Mit 29 Ja-Stimmen beschloss der Rat, den Aufwand für die selbständig nutzbaren Teileinrichtungen/Abschnitte für die Beleuchtung bei den in der Vorlage genannten Straßen gesondert zu ermitteln.

9. **Radwegweisungskonzept für die Stadt Burgdorf - Ergänzungsvorlage
Bezugsvorlage: 01248/00/2006
Vorlage: 2008 0362**

Herr Herbst erläuterte die Vorlage.

Herr Fleischmann gab an, er begrüße die Umsetzung dieser Vorlage und werde dieser zustimmen.

Beschluss:

Der Rat beschloss einstimmig, das vorliegende Fahrradwegweisungskonzept gemäß Vorlage umzusetzen.

10. **Gaspreise
- Antrag von Herrn Michael Fleischmann "Das Linksbündnis" vom 26. Juni 2008 -
Vorlage: 2008 0372**

Herr Fleischmann erläuterte seinen Antrag vom 26.06.2008. Er verwies auf die zu erwartende massive Anhebung der Gaspreise von bis zu 25 Prozent, sowie die bereits zu Beginn des Jahres erfolgte Anhebung der Strompreise durch die Stadtwerke Burgdorf. Diese hohen Preise seien durch nichts zu rechtfertigen und träfen vor allem Haushalte mit einem geringen Einkommen. Die Verbraucherzentrale Niedersachsen rate daher dazu, die Erhöhung nicht zu zahlen und dagegen Widerspruch einzulegen. Auf der Internetseite der Verbraucherzentrale finde man hierzu entsprechendes Infomaterial. Er werde auf jeden Fall Widerspruch gegen die Erhöhung einlegen und keine Zahlung leisten. Er könne nur jedem raten, es ihm gleich zu tun. Bei dieser Erhöhung handele es sich um eine reine „Abzocke“. Er weise ferner darauf hin, dass nicht nur die Verbraucherschutzzentrale etwas für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt tun könne, sondern auch die gewählten Vertreter der Stadt Burgdorf, da die Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Burgdorf die Mehrheit habe und somit die Erhöhung verhindern könne.

Abschließend beantragte Herr Fleischmann, die Verweisung der Vorlage in den Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen sowie in den Ausschuss für Soziales und der ausländischen Mitbürger.

An Herrn Fleischmann gerichtet wies Herr Hinz darauf hin, der Begriff Abzocke bedeute „eine überhöhte finanzielle Ausbeutung eines Kunden durch Wucher und/oder Betrug“ Herr Fleischmann unterstelle somit dem Rat der Stadt Burgdorf, man betrüge die Bürgerinnen und Bürger der Stadt. Dies

sei eine Beleidigung für den Rat sowie den Verwaltungsausschuss.

Herr Hinz wies darauf hin, dass die Erhöhung der Energiepreise bereits in dem Fachausschuss für Wirtschaft und Finanzen eingehend debattiert worden sei. Herrn Fleischmann sei bereits mehrfach dargelegt worden, wie sich die Preise der Stadtwerke Burgdorf letztlich zusammensetzen würden. Er verdeutlichte, dass die Preise allein durch Monopole im Energiebereich vorgegeben werden. Dies träfe ohne Zweifel die Menschen in der Bevölkerung mit einem geringen Einkommen. Diese Tatsache könne man nicht wegdiskutieren. Man könne sich nicht über die Preise, welche auf dem Energiemarkt festgesetzt würden, hinwegsetzen.

Im Anschluss verdeutlichte Herr Hinz den Sinn und Zweck der Gründung der Stadtwerke Burgdorf. Ein gewinnbringendes Arbeiten der Stadtwerke Burgdorf sei notwendig, um einen etwaigen Verkauf an einen der großen Energiekonzerne abzuwenden. In einem solchen Falle habe die Stadt keinerlei Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Preisgestaltung der Energiepreise. Die Stadtwerke Burgdorf seien immer noch preisgünstiger als die großen Stromanbieter und im Übrigen immer bemüht, die Kosten für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt so gering wie möglich zu halten. Des Weiteren unterliege man dem Netzbereich der Bundesnetzagentur, welche genau vorgebe, welche Rendite ein Stadtwerk im Netzbereich erreichen dürfe. Ferner würden die Preise durch das Kartellamt geprüft. Eine solche Überprüfung sei bereits ohne Beanstandungen erfolgt.

Weiterhin habe Herr Fleischmann nicht in seinem Antrag erwähnt, dass die Verbraucherzentrale auf ihrer Internetseite darauf hinweise, dass die Erhöhung durch die Bürger zu tragen ist, wenn die Gas- bzw. Stadtwerke nachweisen können, dass die Preise bereits im Einkauf erhöht sind. Vor diesem Hintergrund seien die Behauptungen des Herrn Fleischmann nicht nachvollziehbar und unsinnig. Abschließend wies Herr Hinz darauf hin, dass lediglich der Staat die Aufgabe habe, die Geldmittel an entsprechender Stelle zu erhöhen und die Bürger hierdurch zu entlasten.

An Herrn Fleischmann gerichtet erklärte **Herr Baxmann**, er habe ihm mehrfach angeboten, gemeinsam die Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Bilanz der Stadtwerke Burgdorf und der Wirtschaftsbetriebe Burgdorf einzusehen. Ferner sei Herrn Fleischmann angeboten worden, einen Wirtschaftsprüfer hinzuzuziehen. Hiervon habe Herr Fleischmann bisher keinen Gebrauch gemacht. Sollte man dem Antrag des Herrn Fleischmann folgen, sei davon auszugehen, dass die Stadtwerke Burgdorf nicht mehr gewinnbringend arbeiten könnten und als Folge dessen verkauft werden müssten. In diesem Fall sei davon auszugehen, dass die Stadtwerke durch einen der großen Energiekonzerne übernommen würden. Somit sei mit noch höheren Kosten für Energie zu rechnen. Dies solle man bei der Diskussion nicht vergessen.

Frau Weilert-Penk erklärte, dass im Ausschuss für Soziales und ausländische Mitbürger bereits über einen Antrag des Herrn Fleischmann zu diesem Thema eingehend diskutiert worden sei. Die Beratungen seien sowohl innerhalb der Fraktion der SPD erfolgt als auch in dem Fachausschuss. Diese Diskussion habe man vor allem geführt, da man durchaus der Ansicht sei, dass die Erhöhung diejenigen Bürgerinnen und Bürger der Stadt treffe, welche über ein geringes Einkommen verfügen, d.h. Langzeitarbeitslose, Arbeitslosengeld II- Empfänger und Rentner. Aus diesem Grund sei gemeinsam beschlossen worden, eine Resolution an die Bundesregierung zu verfassen, um dazu beizutragen, diese Personengruppe in eine bessere finanzielle Situation zu versetzen. Die Bundesregierung solle gebeten werden, die Situation insgesamt zu überdenken und die Regelbeträge für die ALG-II Empfänger zu erhöhen. Diese Verfahrensweise sei im Fachauss-

schluss beschlossen worden. Frau Weilert-Penk erklärte, sie wolle an diesen Beschluss im Fachausschuss erinnern, damit nicht im Raum stehen bliebe, es würde von Seiten des Rates nichts unternommen.

Man müsse die Angelegenheit differenziert betrachten und überlegen, welche Möglichkeiten dem Rat zur Verfügung stünden und welche Aufgaben den staatlichen Institutionen obliegen.

Herr Obst räumte ein, er könne den Ärger der Bürgerinnen und Bürger aufgrund der gestiegenen Energiekosten durchaus verstehen. Er wies jedoch ebenfalls darauf hin, dass diese Preissteigerung nicht durch die Stadtwerke Burgdorf zu vertreten sei. Ferner sei der Vorwurf der „Abzocke“ durch die Stadtwerke Burgdorf nicht gerechtfertigt. Es sei notwendig, dass die Stadtwerke wirtschaftlich arbeiten. Von daher sei es erforderlich, die Preise anzuheben, da die Einkaufspreise ebenfalls gestiegen seien. Dem Antrag des Herrn Fleischmann könne die Fraktion der CDU daher nicht zustimmen und werde diesen aus den vorgenannten Gründen ablehnen.

Zunächst wies **Herr Unverzagt** darauf hin, dass die Stadtwerke Burgdorf den „Gesetzen des Marktes“ unterliegen. Des Weiteren habe die Stadt bereits eine Menge getan, um die Auswirkungen der allgemeinen Preissteigerung vor Ort etwas abzuschwächen, beispielsweise durch Zuschüsse für den Kauf von Schulbüchern pp. Die nunmehr bestehende Problematik resultiere aus Geschehnissen aus der Vergangenheit. Im Anschluss daran erläuterte er dies.

Abschließend erklärte Herr Unverzagt, er sei ebenfalls der Ansicht, dass eine Resolution an die Bundesregierung die einzige sinnvolle Lösung für diese Problematik sei. Des Weiteren gab er zu bedenken, dass die Ölreserven nicht unendlich seien. Eine größere Nachfrage ziehe folglich höhere Preise nach sich. Diese Preissteigerung träfe dann nicht nur die Menschen mit einem geringen Einkommen.

Herr Fleischmann erklärte, er sei nach wie vor der Ansicht, dass die Stadtwerke Burgdorf nicht „pleite“ gehen würden, wenn die Erhöhung nicht vorgenommen werde. Im Anschluss erläuterte er seine Ansicht dem Rat.

An Herrn Fleischmann gerichtet merkte **Herr Lüddecke** an, Herr Fleischmann unterstelle dem Geschäftsführer der Stadtwerke als auch den Ratsfrauen und Ratsherren Dinge, welche durch diese nicht zu vertreten seien und auch nicht beeinflusst werden könnten. Er erläuterte nochmals die Ursachen für die steigenden Energiepreise. Herr Fleischmann müsse die Fakten endlich zur Kenntnis nehmen und dürfe dem Rat sowie den Stadtwerken keine „Abzocke“ unterstellen. Dies sei nicht der Fall.

Die Frage sei letztlich, wie man mit den gestiegenen Energiepreisen umzugehen habe. Ein Ansatz sei beispielsweise die von Frau Weilert-Penk angesprochene Abfassung einer Resolution an die Bundesregierung, welcher sich die Fraktion der FDP ebenfalls anschließe. Ein anderer Ansatz sei die Auflegung sogenannter Sozialfonds, aus denen ALG-II Empfänger bei entsprechenden Preiserhöhungen bezuschusst werden könnten. Hierzu verwies er auf ein Projekt der Stadt Celle und erläuterte dies kurz. Herr Lüddecke räumte ein, es gäbe eine Vielzahl solcher Ansätze, über die man beraten sollte, um zu einer sinnvollen Lösung zu gelangen. Dem Antrag des Herrn Fleischmann werde die Fraktion der FDP nicht zustimmen.

Herr Pilgrim verdeutlichte ebenfalls, dass die von Herrn Fleischmann getroffenen Anschuldigungen nicht richtig seien und erläuterte dies. Weiterhin verwies er auf die Prüfung der Stadtwerke durch Aufsichtsbehörden, insbesondere von Wirtschaftsprüfern. Er bekräftigte nochmals, dass die Stadt-

werke lediglich die Kosten an die Kunden weitergeben würden, welche selbst an Mehrkosten beim Einkaufspreis zu zahlen seien. Dies geschehe sowohl mit einer zeitlichen Verschiebung als auch mit einer Reduzierung der erhöhten Einkaufspreise. Herr Pilgrim erklärte abschließend, er verwahre sich als Mitglied der Gesellschafterversammlung gegen Formulierungen wie „Abzocke“. Herr Fleischmann unterstelle den Versuch des Betrugers. Dies sei eine Unverschämtheit.

Herr Alker räumte ergänzend ein, man könne hinsichtlich dieser Problematik dem Rat der Verbraucherschutzzentrale folgen. Alternativ bestehe jedoch auch die Möglichkeit der Nutzung alternativer Energieformen, wie beispielsweise einer sog. Pelletheizung.

Herr Schulz erläuterte nochmals die Beweggründe, welche seinerzeit zur Gründung der Stadtwerke Burgdorf führten. Im Übrigen habe sich der Rat bereits sehr intensiv mit dieser Problematik befasst. Herr Schulz bat um Verständnis, dass aus seiner Sicht die Überweisung in die Fachausschüsse nicht mehr notwendig sei. Er halte die Einreichung einer Resolution für sinnvoller und werde der Überweisung in die Fachausschüsse nicht zustimmen.

Herr Braun gab zu bedenken, dass die Stadtwerke Burgdorf Verluste erleiden würden, sollte man dem Antrag des Herrn Fleischmann folgen. In einem solchen Falle müssten die Stadtwerke durch Steuergelder mitfinanziert werden. Dies bedeute, dass alle Bürgerinnen und Bürger steuerrechtlich gleichmäßig beteiligt würden, egal welche Energieform sie nutzen und wie sparsam sie mit der Energie umgehen. Von daher habe der Antrag des Herrn Fleischmann erhebliche ökologische Nachteile.

Herr Walter wies Herrn Fleischmann darauf hin, dass gem. § 9 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Rat jedes Ratsmitglied, mit Ausnahme der Fraktionssprecherinnen oder Fraktionssprecher, nur zweimal zur Sache sprechen dürfe.

Beschluss:

Der Rat lehnte mit 1 Ja-Stimme, 1 Stimmenthaltung sowie 28 Nein-Stimmen dem Antrag des Herrn Fleischmann vom 26.06.08 ab.

**11. Ansiedlung eines Fastfood-Restaurants "An der Mösch"
- Antrag von Herrn Michael Fleischmann "Das Linksbündnis" vom
10.06.2008-
Vorlage: 2008 0376**

Herr Fleischmann erläuterte seinen Antrag vom 10.06.2008. Seiner Ansicht nach hätte sein Antrag im Fachausschuss eine Mehrheit finden müssen, wenn man wirklich ein Fast-Food-Restaurant „An der Mösch“ hätte verhindern wollen. Es bestünde die Gefahr, dass die Ansiedlung eines Fastfood-Betreibers mit Autoschalter verheerende Auswirkungen für die gesamte südliche Weststadt habe. Niemand habe etwas gegen die Ansiedlung eines weiteren Handwerksbetriebes, wie dort bereits vorhanden. Die Problematik liege jedoch darin, dass ein Fastfood Restaurant bis spät in die Nacht geöffnet habe und so von einer erheblichen Ruhestörung für die Anwohner der Weststadt auszugehen sei.

Ferner widerspreche er der Aussage der Verwaltung, das Einzelhandelskonzept für die Stadt Burgdorf sei nicht auf Gastronomiebetriebe anwendbar. Man könne seinen Antrag sehr wohl in das Einzelhandelskonzept einfließen lassen. Würde man im Gewerbegebiet „An der Mösch“ die Ansiedlung eines Fastfood-Betreibers zulassen, gefährde man ein bereits in der Innenstadt befindliches kleineres Fastfood-Unternehmen. In diesem Fall drohe ein Leerstand, welcher die Innenstadt betreffe. Wenn man die Innenstadt stärken wolle, müsse man in Folge dessen seinem Antrag zustimmen.

Abschließend bat er darum, die im Bauausschuss getroffene Entscheidung nochmals zu überdenken und für seinen Antrag zu stimmen.

Herr Baxmann verdeutlichte, dass über die Vorlage 2008 0376 -Antrag von Herrn Fleischmann „Das Linksbündnis“ vom 10.06.2008- bereits im Fachausschuss sowie im Verwaltungsausschuss eine Beschlussfassung erfolgte, so dass der Antrag als erledigt anzusehen sei.

An Herrn Fleischmann gerichtet wies **Herr Dr. Zielonka** darauf hin, dass durch einen Beschluss des Rates ohne Weiteres nichts ausgeschlossen werden könne, es sei denn, die Stadt wäre Eigentümer des betroffenen Grundstückes. Richtig sei, dass die Nutzung in Baugebieten bzw. Gewerbegebieten beschränkt werden könne. Hierzu bedürfe es jedoch keines einfachen Beschlusses des Rates sondern um den Beschluss eines Bebauungsplanes als städtische Satzung. Herr Dr. Zielonka erläuterte kurz das Bebauungsplanverfahren. Anschließend stellte er fest, dass der von Herrn Fleischmann gestellte Antrag vom Grundsatz her als gegenstandslos zu betrachten sei. Dies würde jedoch den Interessen der Anwohner entgegenstehen, so dass es gleichwohl sinnvoll sei, an dieser Stelle auf die Problematik einzugehen. Zunächst stellte er fest, dass es nie Gegenstand der Beschlusslage im Fachausschuss gewesen sei, im Gewerbegebiet „An der Mösch“ ein Fastfood-Restaurant anzusiedeln.

Ein Punkt, welcher die Attraktivität des Gewerbegebietes erhöht hätte, wäre ein direkter Anschluss des Gewerbegebietes an die Bundesstraße B 188. Mit dieser Möglichkeit hätten sich die politischen Gremien jedoch im Interesse der Anwohner intensiv auseinandergesetzt. Dies habe letztlich zu dem Ergebnis geführt, dass diese mögliche Aufwertung des Gewerbegebietes „An der Mösch“ unterblieben sei.

Man habe nunmehr alles Mögliche getan, sei aber an die gesetzlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen gebunden. Somit könne dem Antrag des Herrn Fleischmann nicht zugestimmt werden.

Herr Schrader gab an, er sei der Ansicht, die Bevölkerung der Weststadt werde bereits dadurch entlastet, dass die direkte Anbindung an die Bundesstraße B 188 nicht gebaut werde. Er habe Herrn Fleischmann bereits in der Bauausschusssitzung mitgeteilt, dass diese Anbindung ein wesentlicher Punkt für den Investor sei und die FDP hierzu keine Zustimmung erteilen werde. Das Gewerbegebiet werde weiterhin über die bisherige Straßenanbindung zu erreichen sein. Dies stelle aus wirtschaftlicher Sicht für ein Fastfood-Restaurant nicht die geeignete Anbindung dar, so dass von dieser Seite kein Interesse an einer Ansiedlung zu erwarten sei.

Herr Obst erklärte, es sei lediglich eine Voranfrage eines Fastfood-Unternehmens erfolgt. Diese Voranfrage sei ferner nur unter der Bedingung einer Anbindung an die B 188 erfolgt. Da die direkte Anbindung jedoch nicht erfolgt, sei der Standort für solche Unternehmen völlig uninteressant geworden. Er warnte davor, die Stadt Burgdorf als Wirtschaftsstandort zu gefährden, in dem man Unternehmen, von denen ggf. eine erhöhte Lärm-

belästigung ausgehe, von vornherein ablehne. Im übrigen sei die durch Herrn Fleischmann befürchtete Lärmbelästigung durch ein Fastfood-Restaurant etwas übertrieben. Herr Obst erklärte, die CDU-Fraktion werde dem Antrag des Herrn Fleischmann nicht zustimmen.

Herr Morich gab zu bedenken, man sollte froh sein, wenn solche bekannten Fastfood-Restaurants bereit seien, in Burgdorf zu investieren. Seiner Ansicht nach sei ein solches Unternehmen in der Nord-West Stadt eine Bereicherung für die Stadt, jedoch nicht im Gewerbegebiet „An der Mösch“. Im Anschluss daran begründete er seine Ansicht.

Herr Lüddecke erklärte, man könne lediglich auf die Verkehrsführung Einfluss nehmen, jedoch nicht die bestehenden gesetzlichen Grundlagen unbeachtet lassen. Er sei ebenfalls der Ansicht, dass ein solches Fastfood-Unternehmen aufgrund der fehlenden Anbindung ohnehin kein Interesse mehr an dem Standort „An der Mösch“ habe, da sich die Voranfrage auf eine solche Anbindung gestützt habe. Der Standort Nord-West sei für einen solchen Investor auf jeden Fall wirtschaftlicher.

Herr Unverzagt warnte davor, dass man bei einer sog. „Verhinderungspolitik“ auf allen Ebenen Gefahr laufe, zu einer absolut unternehmerfeindlichen Stadt zu werden. Hierdurch gefährde man die Stadt, da in einem solchen Falle kein Investor mehr bereit sei, sich in Burgdorf anzusiedeln und zu investieren. Hinsichtlich der Lärmbelästigung müsse man sich darüber im Klaren sein, dass man in einer pluralistischen Gesellschaft lebe, wobei jeder Mensch einen bestimmten Anteil an Lärm zu ertragen habe.

An Herrn Fleischmann gerichtet warf **Frau Ethner** ein, sie finde es unerschämmt, dass Herr Fleischmann den Bürgerinnen und Bürgern der Weststadt suggeriere, der Bau eines Fastfood-Restaurants im Gewerbegebiet „An der Mösch“ stehe unmittelbar bevor. Dies sei aus den genannten Gründen zur Zeit überhaupt nicht zu erwarten. Wenn dem so wäre, gehe sie davon aus, dass es der Verwaltung und insbesondere der Liegenschaftsabteilung gelingen würde, diesem Unternehmen den Standort Nord-West nahe zu bringen. Der Standort Nord-West verfüge zudem über eine hervorragende Anbindung sowie einen zu erwartenden starken Kundenzulauf.

Herr Rohde wies darauf hin, dass von Seiten der Bauverwaltung versichert worden sei, das besagte Fastfood-Unternehmen habe kein Interesse an dem Standort „An der Mösch“. Wenn dieses Unternehmen kein Interesse habe, so habe die Verwaltung versichert, gelte dies auch für vergleichbare Unternehmen. Ein Argument für diese Aussage der Verwaltung sei die fehlende Anbindung an die Bundesstraße gewesen. Aus diesem Grund habe er überhaupt kein Problem damit, dem Bebauungsplan zuzustimmen. Er sei davon überzeugt, dass sich dort kein solcher gastronomischer Betrieb ansiedeln werde. Von daher erübrige sich die ganze Diskussion.

Herr Fleischmann erklärte, er lasse sich keine unternehmerfeindliche Haltung unterstellen. Sodann begründete er dies.

Herr Dr. Zielonka wies Herrn Fleischmann darauf hin, dass er seinen Antrag von vornherein anders hätte stellen müssen, nämlich in Form eines Änderungsantrages zum Bebauungsplanverfahren. Herr Fleischmann habe jedoch einen Antrag gestellt, den der Rat der Stadt in der Form gar nicht beschließen könne.

Des Weiteren sei das Gewerbegebiet „An der Mösch“ in der Vergangenheit für besagte Investoren nicht interessant gewesen und verliere aufgrund des Bau-

es der neuen Bundesstraße B 188 weiter an Attraktivität. Der Standort Nord-West sei für Investoren wesentlich attraktiver.

Herr Hunze erklärte, er sei ebenfalls der Ansicht, dass der Antrag des Herrn Fleischmann überholt sei und zudem ganz anders gestellt hätte werden müssen.

Herr Walter verwies im Anschluss darauf, dass dem Antrag des Herrn Fleischmann bereits in der Sitzung des Bauausschusses am 07.07.2008 sowie in der Sitzung des Verwaltungsausschuss am 08.10.2008 nicht zugestimmt worden sei. Eine erneute Überweisung in den Fachausschuss sowie den Verwaltungsausschuss sei daher nicht möglich.

Beschluss:

Der Rat lehnte mit 1 Ja-Stimme sowie 29 Nein-Stimmen den Antrag des Herrn Fleischmann vom 10.06.2008 ab.

Einwohnerfragestunde

Herr Weiss erklärte, er sei seit 01.07.08 in der Weststadt wohnhaft. Seiner Ansicht nach stelle die fehlende Anbindung des Gewerbegebietes „An der Mösch“ kein Hindernis für ein solches Fastfood-Unternehmen dar. Er frage daher, ob dies bei den Beratungen der politischen Gremien ausreichend berücksichtigt worden sei.

Diese Frage wurde durch **Herrn Baxmann** bejaht.

Geschlossen:

Erster Stadtrat

Ratsvorsitzender

Protokollführerin